

<p style="text-align: center;"><b>Deutscher Bundestag</b> Innenausschuss</p> <p style="text-align: center;">Ausschussdrucksache 17(4)71</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Hinblick auf die Anhörung des Innenausschusses am kommenden Montag zum Bleiberecht von Roma aus dem Kosovo bitten wir um Beachtung unserer beigefügten Stellungnahme zum Thema. Das Gutachten wurde im Auftrag des Flüchtlingsrat Niedersachsen von der Menschenrechtsorganisation Chachipe erstellt.

Wir bitten um Übersendung an alle beteiligten Fraktionen bzw. Abgeordnete.

Mit freundlichen Grüßen

Bastian Wrede

\*\*\*\*\*

Flüchtlingsrat Niedersachsen

Langer Garten 23 B

31137 Hildesheim

[www.nds-fluerat.org](http://www.nds-fluerat.org)

<b>Gutachten_Chachipe_Innenministerium.pdf</b>	<b>Content-Type:</b> application/pdf <b>Content-Encoding:</b> base64
------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------

Chachipe a.s.b.l.  
B.p. 97  
L – 7201 Béréldange  
e-mail : [chachipe.info@gmail.com](mailto:chachipe.info@gmail.com)  
[www.romarights.wordpress.com](http://www.romarights.wordpress.com)

26. April 2010

**Gutachten zum „Bericht über die Reise einer Delegation des Niedersächsischen  
Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo  
vom 15. bis 18. November 2009**

Der erklärte Sinn dieser Reise der Delegation des Niedersächsischen Innenministeriums war es „sich einen unmittelbaren Eindruck von den Lebensbedingungen in dem Land [Kosovo], insbesondere im Hinblick auf die RückkehrerInnen aus Deutschland, zu verschaffen.“<sup>1</sup>

Zu diesem Zweck wollte sich die Delegation „über die tatsächlichen Lebens- und Wohnverhältnisse der Minderheiten im Kosovo, insbesondere der Roma-Angehörigen“, informieren.

Während ihres zweitägigen Besuchs besuchte die Delegation insgesamt drei Orte, Pristina, Kosovska Mitrovica und Kosovo Polje/Fushe Kosovo, wobei in Pristina ausschließlich Gespräche mit dem Deutschen Botschafter Herrn Hans-Dieter Steinbach und dem StV LR I Herrn Eckhart Blaurock, dem Leiter des von verschiedenen Bundesländern geförderten Rückkehrprojekts URA 2 in Pristina, Herrn Jürgen Kaas, und seinen MitarbeiterInnen, dem Leiter der Abteilung für Grenzangelegenheiten des kosovarischen Innenministeriums, Herrn Kuqi, sowie der Zuständigen für die Bearbeitung und Weiterleitung von Rückführungsersuchen aus Deutschland, Frau Violetta Berisha, und dem lokalen Vertreter des UN-Flüchtlingswerks, Herrn Herman Stuurwold geführt wurden.

In Kosovska Mitrovica traf die Delegation den damaligen Bürgermeister und jetzigen Innenminister Kosovos, Herrn Bajram Rexhepi, sowie seine seinem Stellvertreter, Herrn Ismail Smkqiqi, und den Direktor für Städtebau, Herrn Mehdi Bala. Außerdem besuchte die Delegation das German Training Centers der Diakonie Trier und sprach mit seinem Leiter, Herrn Blerim Qela.

Lediglich in Mitrovica Nord und in Fushe Kosove/Kosovo Polje traf sie auf Angehörige der Minderheiten. In einem Lager für Binnenvertriebene sprach sie mit einem Vertreter der Lagerbevölkerung, Herrn Habib Hajdini - Herr Hajdini ist nicht der Verwalter des Lagers – , und in Fushe Kosove/Kosovo Polje, mit dem Minderheitenvertreter der Gemeinde für die Roma, Ashkali und Kosovoägypter, Herrn Qerimi.

Offensichtlich hat sich die Delegation nicht darum bemüht, RückkehrerInnen aus Deutschland aufzusuchen und sie über ihre Lebensbedingungen zu befragen, obwohl gerade der Besuch in den Lagern für Binnenvertriebene in Kosovska Mitrovica eine gute Gelegenheit geboten hätte.

Folglich gibt der Bericht nur sehr begrenzt Auskunft über die Bedingungen, die RückkehrerInnen im Kosovo erwarten.

---

<sup>1</sup> Bericht über die Reise einer Delegation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo vom 15. bis 18. November 2009, S. 2

Obwohl sich die Delegation über die Lage ethnischer Minderheiten im Kosovo, insbesondere der Roma, informieren wollte, wurde dieses Thema in dem **Gespräch mit dem deutschen Botschafter** offensichtlich nur am Rande erörtert.

Dort heisst es unter anderem, dass sich die parlamentarische Demokratie in Kosovo seit der Erklärung der Unabhängigkeit gefestigt habe. Allerdings sagt das Abhalten von Wahlen und die Tatsache, dass ein Land einen einigermaßen funktionierenden Staatsapparat hat, relativ wenig über die Einhaltung demokratischer Rechte und die Gewährleistung von Menschen- und Minderheitenrechten aus.

Die amerikanische NGO *Freedom House* nuancierte den demokratischen Charakter der Parlamentswahlen im Jahre 2007 in ihrem *World Report 2009* erheblich:

„Kosovo’s 2007 parliamentary elections were generally considered to be free and fair. However, given the large role played by international officials, the lack of freedom of movement for ethnic minorities, and the limited ability of women to participate in the political process, the actual level of democratization remains low.“<sup>2</sup>

*Freedom House* schreibt auch:

„Freedom of expression is limited in practice because of the overall lack of security, especially for ethnic minorities.“<sup>3</sup>

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* hob in ihrem World Report 2010 die mangelnde Gewährleistung von Minderheitenrechten ein und die Abwesenheit eines funktionierenden Rechtsstaats:

„The lack of international agreement on Kosovo’s status continues to impede efforts to protect the human rights of its inhabitants. Caught between disagreements among its member states, and between Belgrade and Pristina, EULEX struggled in 2009 to fully deploy throughout Kosovo and execute its task of building a functioning justice system. The Kosovo authorities again failed to demonstrate unequivocal commitment to minority rights and the rule of law.“<sup>4</sup>

Die EU Kommission stellte 2009 in ihrem Fortschrittsbericht fest, dass die Lage der ethnischen Minderheiten im Kosovo weiterhin besorgniserregend ist und ihre Integration kaum Fortschritte macht. Die Kommission stellt auch fest, dass die Lage der Roma, Ashkali und Kosovoägypter besonders prekär ist, und diese weitgehend in der Ausübung ihrer Rechte eingeschränkt sind.<sup>5</sup>

Auch das amerikanische *State Department* stellt in seinem jüngsten Bericht fest, dass Roma, Ashkali, Kosovoägypter und andere Minderheiten weiterhin einer massiven staatlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung ausgesetzt sind und in der Ausübung ihrer Rechte behindert werden. Insbesondere Roma seien Opfer einer allgegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Diskriminierung. Ihnen fehle jeglicher Zugang zu Schule und Gesundheitsversorgung. In ihrem Überleben seien sie stark auf humanitäre Hilfe angewiesen.<sup>6</sup>

---

<sup>2</sup> Freedom House: [Country report 2009: Kosovo](#), Washington

<sup>3</sup> *ibid.*

<sup>4</sup> Human Rights Watch: World Report 2010. [Country report: Serbia](#), New York

<sup>5</sup> Europäische Kommission: Commission staff working document, Kosovo under UNSCR 1244/99 2009 Progress Report, SEC(2009) 1340, Brüssel, 14.10.2009

<sup>6</sup> U.S. Department of State: BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: 2009 Human Rights Report: Kosovo, 11. März 2010

Demgegenüber fällt die Feststellung des Berichts der Delegation, die Regierung Kosovos trete für Toleranz und Respekt gegenüber „ethnischer Roma, Ashkali und Ägypter (RAE)“ ein, schwach aus. Der Bericht geht weder auf die fehlende Umsetzung der Gesetze zum Schutz ethnischer Minderheiten ein, die im Bericht der EU Kommission angemahnt wird,<sup>7</sup> und Roma in besonderen Maße betrifft, noch darauf, dass auch die Umsetzung der 2008 angenommenen Strategie zur Integration der Roma angesichts fehlender finanzieller Mittel scheitert.

### *Politische Repräsentation*

Der Bericht geht mit keinem Wort auf die nahezu völlige Abwesenheit der Roma im Bereich der Politik und Verwaltung ein. Lediglich ein Roma vertritt die Gemeinschaft im Parlament. Dieser verdankt allerdings nicht seinen Sitz demokratischen Wahlen, sondern dem System reservierter Sitze für Vertreter ethnischer Minderheiten, mit dem derjenige Kandidat automatisch Einzug ins Parlament erhält, der sich alleine aufstellt. Die Roma in den serbischen Enklaven und im Norden Kosovos, die die Mehrheit der örtlichen Romabevölkerung darstellen, geraten durch den allgemeinen Wahlboykott der Kosovoserben in Mitleidenschaft.

### *Sicherheitslage und Verfolgung ethnisch motivierter Straftaten*

Zwar geht der Bericht auf die Schwächen des kosovarischen Rechtsstaats und die Allgegenwärtigkeit der Korruption ein; er verfehlt es aber, die Auswirkungen davon für ethnische Minderheiten darzustellen, die im Justizsystem kaum vertreten sind.

Dazu schreibt *Freedom House*:

“Kosovo’s newly-adopted constitution calls for an independent judiciary, though courts at all levels are subject to political influence and intimidation. In January 2008, Amnesty International reported that UNMIK had failed to create a criminal justice system willing and able to prosecute war criminals. (...) *Ethnic Albanian judges rarely prosecute cases involving Albanian attacks on non-Albanians*. The backlog in the civil court system stands at tens of thousands of cases.” (eigene Hervorhebung)<sup>8</sup>

Dies schlägt sich auch in mangelnder Aufbereitung und strafrechtlichen Verfolgung ethnisch motivierter Straftaten nieder. So stellte die OSZE beispielsweise in einem im Dezember 2009 veröffentlichten Bericht fest, dass es nach wie vor Defizite bei der Erfassung, Untersuchung und Verfolgung ethnisch motivierter Verbrechen gäbe, die ein Gefühl von Straflosigkeit vermittelten.<sup>9</sup>

Bemerkenswert ist, dass die rassistischen Pogrome von 2004, bei denen circa 19 Personen getötet und über 900 Personen verwundet, sowie mehrere hundert Häuser zerstört wurden, im Bericht lediglich als „Unruhen“ bezeichnet werden, und dass nicht erwähnt wird, dass die Verantwortlichen dieser Pogrome bis heute kaum zur Rechenschaft gezogen wurden.<sup>10</sup>

Ebenfalls bemerkenswert ist die Tatsache, dass der Bericht die Sicherheitslage im Kosovo als stabil bezeichnet, während der UN-Generalsekretär die Lage im Kosovo noch im Januar 2010 als „relativ ruhig, aber instabil“ bezeichnete.<sup>11</sup> Die gleiche Einschätzung findet sich auch in dem

---

<sup>7</sup> Europäische Kommission: Commission staff working document, Kosovo under UNSCR 1244/99 2009 Progress Report, SEC(2009) 1340, Brüssel, 14.10.2009

<sup>8</sup> Freedom House: [Country report 2009: Kosovo](#), Washington

<sup>9</sup> OSCE: Communities Rights Assessment Report, Dezember 2009

<sup>10</sup> *ibid.*

<sup>11</sup> Report of the Secretary-General on the United Nations: Interim Administration Mission in Kosovo, 5. Januar 2010

jüngsten Bericht des UN-Generalsekretärs an den Weltsicherheitsrat.<sup>12</sup> Der Bericht listet eine Reihe von sogenannten Zwischenfällen auf, und schließt folgendermaßen:

„Overall, there has been no increase in the number of incidents, including those affecting the minority communities, in comparison with the previous reporting period; however, the persistence of incidents continues to represent an obstacle to returns and perpetuates a perception of insecurity among the minority communities.“<sup>13</sup>

Der UN-Generalsekretär fügt hinzu:

“Bringing perpetrators of crimes to justice, publicly condemning such incidents and reaching out to the victims, as occurred in a few instances during the reporting period, would serve to alleviate some concerns among the communities and foster a feeling of increased security.“<sup>14</sup>

Laut Bericht der niedersächsischen Delegation betrachtet die deutsche Botschaft in Pristina die Lage nur „in Teilgebieten ... weiterhin angespannt.“<sup>15</sup> Allerdings erfährt man nicht auf welche „Teilgebiete“ diese Einschätzung zutrifft.

Während der jüngste Bericht des UN-Generalsekretärs ganz allgemein feststellt, dass die anhaltenden Zwischenfälle die Rückkehr der Flüchtlinge behindert und ein Gefühl von Unsicherheit bei Minderheiten vermitteln, stellt der Bericht der niedersächsischen Delegation lediglich fest, dass die subjektiv als unsicher empfundene Sicherheitslage den Rückkehrprozess der Serben behindere.

Dazu ist anzumerken, dass das Sicherheitsgefühl der Roma bereits dadurch eingeschränkt ist, dass ihre Gemeinde um ein vielfaches kleiner ist und an manchen Orten nur mehr wenige Personen umfasst. Außerdem fallen Roma, sowie auch Ashkali und KosovoägypterInnen, allein schon wegen ihrer zumeist dunkleren Hautfarbe stärker auf und sind somit eher den Anfeindungen durch andere Bevölkerungsgruppen ausgesetzt.

#### *Wohnsituation und Arbeitsmarktlage*

Im Bericht wird allgemein behauptet, dass es in Kosovo ausreichend Wohnraum gäbe, dieser aber gerade in den Ballungszentren teuer sei. Auf die Situation der Roma und RückkehrerInnen wird nicht eingegangen. Auch die Darstellung der Arbeitsmarktlage ist kurz und allgemein gehalten.

Dazu zwei Zitate aus der Strategie zur Wiedereingliederung der RückkehrerInnen der kosovarischen Regierung:

„Budgetary funds of the Government are limited and thus it is impossible to provide housing for all groups of people who are not in the position to overcome this problem by themselves.“<sup>16</sup>

„The rate of unemployment in Kosovo is very high. Thus the repatriation will overburden the situation even further. However, this matter should be addressed in policies, especially in

---

<sup>12</sup> Report of the Secretary-General on the United Nations: Interim Administration Mission in Kosovo, 6. April 2010

<sup>13</sup> ibid.

<sup>14</sup> ibid.

<sup>15</sup> Bericht über die Reise einer Delegation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo vom 15. bis 18. November 2009, S. 2

<sup>16</sup> Government of Kosovo: Strategy for reintegration of repatriated persons, Pristina, 10. Oktober 2007

employment strategy of Kosovo, which is in compliance with the European Strategy for Support and Employment.<sup>17</sup>

Nachfolgend heisst es: „Due to the lack of financial resources for implementation, the *Law on Promotion of Employment* has not yet been approved.“

Des Weiteren hat die OSZE in ihrem Bericht zur Umsetzung der Strategie für die Wiedereingliederung der RückkehrerInnen festgestellt, dass „keine der Gemeinden in Kosovo Schritte unternommen hat, um eine zeitlich befristete oder dauerhafte Unterkunft für die RückkehrerInnen zu finden, oder spezifische Posten in ihrem Haushalt vorgesehen, um eine Unterbringung der RückkehrerInnen zu gewährleisten.“<sup>18</sup>

Die OSZE stellt außerdem fest, dass Roma, Ashkali und Kosovoägypter besondere Probleme haben, ihre Eigentumsansprüche geltend zu machen, da sie oftmals nicht über die nötigen Unterlagen (Eigentumsnachweise) verfügen.

Zur Arbeitsmarktsituation stellt die OSZE fest, dass keine der Gemeinden versucht hat, Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarkts und der Sozialversorgung zu treffen, so wie sie in der Strategie zur Wiedereingliederung der RückkehrerInnen vorgesehen sind. Die OSZE stellt außerdem fest, dass Roma, Ashkali und Kosovoägypter in besonderem Maße von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.

Beides findet im Bericht der Delegation des niedersächsischen Innenministeriums keine Erwähnung, dafür aber die Tatsache, dass Mercedes-Benz demnächst eine Niederlassung in Priština plant.

#### *Registrierung*

Auch im **Gespräch mit dem Vertreter des UN-Flüchtlingswerks** scheint die Situation der Roma, Ashkali und Kosovoägypter allenfalls nur am Rand berührt worden zu sein. Zwar geht der Bericht auf Probleme bei der Registrierung ein, wobei er allerdings den Eindruck erweckt, dieses Problem sei inzwischen erledigt. Glaubt man dem Bericht, so hat der Leiter des UN-Flüchtlingswerk in Pristina berichtet, dieses Problem habe inzwischen, dank eines EU-Projekts, größtenteils bewältigt werden können.

Allerdings stellt der UNHCR in seinen Richtlinien zur Feststellung des Internationalen Schutzbedarfs für Personen aus dem Kosovo von November 2009 fest:

„Viele im Kosovo lebende Kosovo-Roma sind nicht registriert und/oder können ihren Personenstand nicht dokumentieren. Dadurch, dass Hausgeburten ebenfalls nicht gemeldet werden, wird dieses Problem verstärkt. Ohne die erforderlichen Dokumente können Kosovo-Roma und andere in einer vergleichbaren Lage befindliche Minderheiten die Voraussetzungen für eine Registrierung nicht erfüllen. Die amtliche Registrierung ist jedoch Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Bürgerrechten und Sozialleistungen, wie beispielsweise Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Eigentum und Fürsorgeunterstützung. Diese Situation kann zu Staatenlosigkeit und Ausschluss aus dem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben führen. Zwar lässt sich nur schwer schätzen, wie viele Menschen von diesem Problem betroffen sind, doch deuten UNHCR-Schätzungen und andere Studien darauf

---

<sup>17</sup> ibid.

<sup>18</sup> OSCE: Implementation of the Strategy for Reintegration of Repatriated Persons in Kosovo's Municipalities, November 2009

hin, dass die grundlegenden Menschenrechte und der Zugang zu Sozialleistungen bei einem hohen Prozentsatz der Kosovo-Roma erheblich eingeschränkt sind.<sup>19</sup>

Laut Schätzungen des UN-Flüchtlingswerks sind bis zu 20 Prozent der Roma im Kosovo *de facto* staatenlos.<sup>20</sup> Diese Zahl könnte durch die Abschiebungen von Roma aus Deutschland weiter steigen.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, wirft ihrerseits den lokalen Behörden in dem bereits weiter oben zitierten Bericht vor, dass sie eine flexible Handhabe bei der Lösung der Registrierung vermissen lassen. Dies widerspricht der Einschätzung, das Problem der Registrierung sei inzwischen weitgehend erledigt.

#### *Zur Lage der Minderheiten im Kosovo*

Die Richtlinien des UN-Flüchtlingswerks zur Feststellung des Internationalen Schutzbedarfs für Personen aus dem Kosovo werden falsch zitiert, bzw. interpretiert. Zwar stimmt es, dass das UN-Flüchtlingswerks, anders als in seiner Stellungnahme von Juni 2006, auf eine Einzelfallprüfung abhebt,<sup>21</sup> allerdings wird die Lage der ethnischen Minderheiten in Kosovo wird allerdings keinesfalls so positiv dargestellt, wie es der Bericht der Delegation suggeriert.

Vielmehr heisst es in den Richtlinien des UN-Flüchtlingswerks:

„Kosovo Serb and Kosovo Albanians inhabiting areas where they are in the minority, and Kosovo Roma inhabiting any part of Kosovo, continue to face serious restrictions to their freedom of movement and the exercise of fundamental human rights, including serious societal and sometimes administrative discrimination that would limit in particular their ability to exercise their political, social and economic rights. Furthermore, there are reports of threats and physical violence perpetrated against these communities.“<sup>22</sup>

Weiter heisst es:

„ Kosovo-Roma können im gesamten Gebiet des Kosovo Androhungen physischer Gewalt und sonstigen Menschenrechtsverletzungen auf Grund ihrer äußeren Merkmale und Ethnie ausgesetzt sein. Viele von ihnen haben keine Identitätsdokumente. Sie sind den vorherrschenden gesellschaftlichen Diskriminierungen ausgesetzt. Die Gefahr erhöht sich, wenn die Betroffenen ihren Wohnort verlassen.“<sup>23</sup>

Allerdings soll der Vertreter des UN-Flüchtlingswerks, dem Bericht der niedersächsischen Delegation zufolge, diese Aussagen nuanciert haben, indem er anmerkte, dass „Minderheiten nur noch in bestimmten Regionen Schwierigkeiten hätten und vieles im Zusammenhang mit der gesamten wirtschaftlichen Lage im Kosovo zu sehen sei.“<sup>24</sup> Diese Aussage ist sehr unpräzise und kann daher nur schwer kommentiert werden. Allerdings ist es im Ergebnis unwesentlich, ob sich

---

<sup>19</sup> UNHCR: UNHCR [Richtlinien zur Feststellung des Schutzbedarfs von Personen aus dem Kosovo](#), 9. November 2009, S. 12

<sup>20</sup> UNHCR Global Appeal 2010-2011 – Serbia, UNHCR Fundraising Reports, 1. September 2009

<sup>21</sup> „Asylbegehren von Mitgliedern dieser Gemeinschaften sollten sorgfältig geprüft werden.“ (UNHCR: UNHCR [Richtlinien zur Feststellung des Schutzbedarfs von Personen aus dem Kosovo](#), 9. November 2009, S. 17)

<sup>22</sup> UNHCR: UNHCR [Richtlinien zur Feststellung des Schutzbedarfs von Personen aus dem Kosovo](#), 9. November 2009, S. 21

<sup>23</sup> *ibid.*

<sup>24</sup> Bericht über die Reise einer Delegation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo vom 15. bis 18. November 2009, S. 2

die Probleme, mit denen Minderheiten konfrontiert sind, aus der wirtschaftlichen oder politischen Situation ableiten.

Übereinstimmend mit den Bericht anderer Organisationen, wie der OSZE und der EU-Kommission, wies er allerdings auf die Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung der RückkehrerInnen hin und kritisiert das bilaterale Rückübernahmeabkommen zwischen Kosovo und Deutschland.

Die Aussage, wonach das UN-Flüchtlingswerks sich nicht um die RückkehrerInnen aus Deutschland kümmern könne, da diese nicht als „bedürftig“ gelten, ist irreführend, da der Eindruck erweckt wird, den RückkehrerInnen aus Deutschland gehe es besonders gut, oder diese seien nicht schutzbedürftig. Tatsächlich ist das UN-Flüchtlingswerk keine Entwicklungsagentur. Seine Hilfsprogramme, wie die der anderen Organisation, inklusive des IOM, auf die sich in dem Bericht bezogen wird, wenden sich nur an freiwillige RückkehrerInnen. Außerdem werden in erster Linie RückkehrerInnen aus den Nachbarstaaten unterstützt.

#### *Wiederbeschaffung von Wohnraum*

Im Gespräch mit der Delegation des niedersächsischen Innenministeriums regt der Vertreter des UN-Flüchtlingswerks eine Verknüpfung der deutschen Institutionen im Kosovo mit Programmen der IOM zum Wiedererwerb von Eigentum an. Tatsächlich sind viele Flüchtlinge nicht in der Lage, nach Kosovo zurückzukehren, weil ihre Häuser zerstört oder besetzt sind. Die *Kosovo Property Agency* (KPA), die ihr Mandat vom *Housing and Property Department* (HPD) übernommen hat, hat ihre Arbeit im Dezember 2009 eingestellt. Bis zum Juli 2009 hatte die KPA 18 000 von insgesamt 40 000 eingereichten Klagen entschieden, doch nur bei 6 700 Entscheidungen, waren der Entscheidung weitere Schritte gefolgt.<sup>25</sup>

Heute bleibt den RückkehrerInnen, die ihre besetzten Häuser wiedererlangen wollen, oder eine Entschädigung für zerstörtes Eigentum erhalten wollen, einzig der Gang vor Gericht. Allerdings sind die Gerichtsverfahren langwierig<sup>26</sup> und ihr Ausgang, gerade für Angehörige ethnischer Minderheiten, ungewiss.<sup>27</sup>

Nach Informationen Chachipes bietet die IOM keine Unterstützung beim Wiedererwerb von Wohnraum an, wie in dem Bericht behauptet wird. Außerdem wenden sich ihre Programme nur an Flüchtlinge, die freiwillig ins Kosovo zurückkehren, und nicht an Personen, die nach Kosovo abgeschoben wurden.

Leider bietet der Bericht keine weiteren Informationen zu dem, von der EU und den Vereinten Nationen geförderten Rückkehrprojekt. Internetrecherchen ergaben, dass ein von der EU und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen gefördertes Programm in vier Gemeinden

---

<sup>25</sup> International Displacement Monitoring Centre (IDMC): [Need to support minority communities to prevent further displacement and allow durable solutions](#), Januar 2010

<sup>26</sup> Allein in 2008 gab es nach Informationen des *Centre for Transitional Justice* 49 100 offene Zivilverfahren vor kosovarischen Gerichten, wovon mehr als 85 Prozent Eigentumsfragen betrafen. (Edward Tawil: [Property Rights in Kosovo: A Haunting Legacy of a Society in Transition](#), International Center for Transitional Justice, 2009, S. 42)

<sup>27</sup> Dazu schreibt das Centre for Transitional Justice: „The weakness of the court system in civil proceedings is particularly evident in cases related to property claims. There are overarching reasons for such weakness, such as the state of the human, financial and physical resources of the courts. Many judges and lawyers lack adequate training and experience leading to problems of incompetence and poor case-management skills. Salaries are low, and working conditions are difficult, potentially opening the door to corruption and influence peddling. Judges and lawyers are also subject to pressures and intimidation from clan members to show “solidarity” in their approach to certain cases.“ (ibid.)



im Kosovo besteht.<sup>28</sup> Allerdings geht es bei diesem Projekt um den Wiederaufbau von Häusern, und nicht um eine Erstaussstattung für RückkehrerInnen. Eine auf sechs Monate begrenzte Unterstützung bietet keine nachhaltige Lösung für die Probleme der RückkehrerInnen.

Bemerkenswert ist, dass der Vertreter des UN-Flüchtlingswerks nicht mit dem URA-Projekt vertraut ist.

### *Wiedereingliederung im Kosovo*

Aus dem Gespräch mit Vertretern des kosovarischen Innenministeriums wird deutlich, dass es nach wie vor bürokratische Hindernisse bei der Wiederaufnahme abgelehnter Asylbewerber gibt. Außerdem wird festgestellt dass „[a]us dem Ausland zurückkehrende Kosovaren .. sich grundsätzlich nur in dem Ort (Municipality) registrieren lassen [können], in dem sie vor ihrer Ausreise zuletzt gemeldet waren.“ Sozialleistungen können ausschließlich an diesem Ort beantragt werden.“

Dies bedeutet allerdings eine wesentliche Einschränkung für die RückkehrerInnen, die oftmals nicht an ihren Herkunftsort zurückkehren können, weil ihre Häuser zerstört oder besetzt wurden, oder die örtliche Gemeinschaft ausgelöscht wurde.<sup>29</sup> Sie werden zu Binnenvertriebenen im Kosovo, die ihre Rechte nicht geltend machen können.

In diesem Zusammenhang sei auch noch auf das neue Gesetz zur Staatsangehörigkeit hingewiesen,<sup>30</sup> das nur denjenigen Personen und ihren Angehörigen, einen automatischen Zugang zur kosovarischen Staatsangehörigkeit garantiert, die sich am 1. Januar 1998 rechtmäßig in Kosovo aufgehalten haben.

### *Rückkehrprojekte*

Der Bericht über das **AWO-Projekt** ist äußerst allgemein gehalten. Aus der Kurzbeschreibung geht allerdings hervor, dass dieses Projekt nur freiwilligen RückkehrerInnen offen steht. Es fehlen genaue Angaben, z.B. über den Inhalt der Orientierungskurse, über die Anzahl der Roma, die das Angebot nutzen, sowie Aussagen über die Nachhaltigkeit des Projekts.

Am 7. November 2009 berichtete die „Hilpoltsteiner Zeitung“ über das AWO-Projekt. Dort wird klar, dass das Projekt der AWO die Not der RückkehrerInnen bestenfalls lindern kann, und dass staatliche Angebote für die RückkehrerInnen fehlen. Gerade für Roma sei die Rückkehr nach Kosovo meist eine „Reise in die blanke Not“ folgert der Artikel.<sup>31</sup>

Etwas ausführlicher fällt die Darstellung des **URA-Projekts** aus, an dem sich Niedersachsen, neben anderen Bundesländern, beteiligt. In der Beschreibung fehlt ein Hinweis darauf, dass z.B. die auf 300 Euro begrenzte Hilfe bei der Erstaussstattung nur jenen Personen offen steht, die „freiwillig“ nach Kosovo zurückkehren. In der Beschreibung fehlen sowohl konkrete Aussagen über die Nachhaltigkeit der geleisteten Hilfe, als auch darüber, wie viele Roma das Projekt in

---

<sup>28</sup> EU Commission Liaison Office to Kosovo: [New homes secured for more than one hundred people](#), 16 December 2009

<sup>29</sup> In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass einige Romaviertel, die im Juni 1999, zerstört wurden, wie das Moracka Mahala in Pristina und das Kristali Mahala in Pec bis heute nicht wieder aufgebaut wurden, eine Rückkehr in diese Viertel somit gar nicht möglich ist.

<sup>30</sup> “29.1 All persons who on 1 January 1998 were citizens of the Federal Republic of Yugoslavia and on that day were habitually residing in Republic of Kosova shall be citizens of Republic of Kosova and shall be registered as such in the register of citizens irrespective of their current residence or citizenship.”

Kosovo Assembly: Law on citizenship of Kosova, Law Nr. 03/L-034, 20. Februar 2008

<sup>31</sup> AWO berät Rückkehrer im Kosovo. Oft eine Rückkehr in die blanke Not, *Hilpoltsteiner Zeitung*, 7. November 2009

Anspruch nehmen.<sup>32</sup> In seiner Antwort auf die parlamentarische Anfrage mehrerer SPD-Abgeordneten schreibt das baden-württembergische Innenministeriums, dass kein Roma aus Baden-Württemberg von dem Angebot der URA Gebrauch mache.<sup>33</sup>

Bei der Auflistung der von URA erbrachten Hilfsleistungen fehlt eine Information darüber, wie viele Personen die Unterstützung der URA überhaupt in Anspruch nehmen. Nicht klar ist außerdem, ob eventuell die gleichen Personen sowohl die „Allgemeine Beratung“ als auch materielle Hilfe in Anspruch nehmen. Auffallend ist in jedem Fall, dass ein Großteil der RückkehrerInnen offensichtlich nur die „Allgemeine Hilfe“ in Anspruch nehmen, was auch aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken von Januar 2010 hervorgeht.<sup>34</sup>

Wie aus der bereits zitierten Antwort des baden-württembergischen Innenministeriums auf eine Anfrage der SPD hervorgeht, handelt es sich bei den von der URA vermittelten Arbeitsplätzen nahezu ausschließlich um bezuschusste Arbeitsplätze, die somit keine dauerhafte Perspektive darstellen. Außerdem scheint es, dass Roma kaum von dem Angebot der URA Gebrauch machen.<sup>35</sup>

Auffallend ist auch, dass die URA offensichtlich keine Hilfe bei Behördengängen oder bei der Einschulung von Kindern leistet. Auch unterstützt die URA die RückkehrerInnen nicht bei der Wiederbeschaffung ihrer Häuser.

#### *Die Lage in Kosovska Mitrovica*

Im Gespräch mit der Delegation des niedersächsischen Innenausschusses, betont der damalige **Bürgermeister der albanischen Stadtverwaltung** und jetzige Innenminister Bajram Rexhepi, dass die Minderheiten uneingeschränkt an den letzten Kommunalwahlen teilgenommen hätten. Allerdings stimmt dies lediglich für den Süden der Stadt, während die Wahlen im Norden boykottiert wurden.<sup>36</sup>

Die zeigt, dass die politische Situation gerade in Mitrovica nach wie vor angespannt ist. Wie die Auseinandersetzungen um den sogenannten Wiederaufbau des das Fabrička Mahala, des ehemalige Romaviertel, südlich des Ibarflusses, der die Stadt in der Mitte teilt, werden die Roma zum Spielball im Konflikt zwischen Kosovoserben und Albanern.<sup>37</sup>

Die Mehrheit der Roma lebt im serbisch-kontrollierten Norden der Stadt und in den umliegenden Flüchtlingslagern. Bisher sind lediglich ein paar hundert Roma in das ehemalige Romaviertel zurückgekehrt. Allerdings handelt es sich bei den sogenannten RückkehrerInnen nicht immer um ehemalige BewohnerInnen des Viertels, sondern auch um Personen aus dem Süden Kosovos, die nicht wieder an ihren ursprünglichen Herkunftsort zurückkehren können.

---

<sup>32</sup> Eine ausführliche Analyse des URA und anderer Hilfsprojekte im Kosovo findet sich in: Pro Asyl: [Angeordnete Freiwilligkeit](#). Zur Beratung und Förderung freiwilliger und angeordneter Rückkehr durch Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Basierend auf der Untersuchung der Unterstützung von RückkehrerInnen in den Kosovo, München, 2008

<sup>33</sup> Innenministerium Baden-Württemberg: Antrag der Abg. Nikolaos Sakellariou u.a. SPD – Rückkehr von Angehörigen der Roma in den Kosovo – Drucksache 14/4839, Ihr Schreiben vom 15. Juli 2009

<sup>34</sup> Antwort der Bundesregierung: Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a. und der Fraktion Die Linke: Abschiebungen in den Kosovo. BT-Drucksache 17/67, 8. Januar 2010

<sup>35</sup> Innenministerium Baden-Württemberg: Antrag der Abg. Nikolaos Sakellariou u.a. SPD – Rückkehr von Angehörigen der Roma in den Kosovo – Drucksache 14/4839, Ihr Schreiben vom 15. Juli 2009

<sup>36</sup> [Kosovo elections: conflicting realities South and North of the Ibar](#), *Osservatorio Balcanici e Caucasio*, 11. Dezember 2009

<sup>37</sup> Siehe dazu: *Romano Themr.* [Fact-finding mission to Kosovo and Macedonia](#), 10. Februar 2009

Im Bericht heisst es weiter, die circa 7000 bis 8000 Roma, die in den Romavierteln in Mitrovica lebten, hätten sich, nach Bekunden des Bürgermeisters, im Konflikt zwischen Kosovoserben und Albanern neutral verhalten. Allerdings lebten alleine im Fabrička Mahala circa 8000 Roma, und obwohl sie sich nach Aussagen des Bürgermeisters neutral verhielten, wurden sie vor den Augen französischer KFOR-Soldaten aus ihren Häusern vertrieben. Danach wurden diese geplündert und bis auf die Grundmauern zerstört.

Dazu schreibt die UNMIK:

“The Roma Mahala in Mitrovicë/Mitrovica [Fabrička Mahala] used to be the largest RAE settlement in the Balkans. It was destroyed in the aftermath of the conflict by members of the majority community who took revenge for the alleged collaboration of Roma individuals with the Serbian forces during the conflict. At that time, French NATO forces had already seized control over the territory.”<sup>38</sup>

Nicht erwähnt wird in dem Bericht, dass sich die albanische Stadtverwaltung über Jahre einem Wiederaufbau des Viertels widersetzte, da sie an dessen statt, ein Einkaufszentrum und Freizeitanlagen errichten wollte.



Fabrička Mahala, Kosovska Mitrovica, August 2005

Bis heute stehen in dem Viertel, das bis auf eine nur zeitweise bediente Ambulanz und eine Polizeistation keinerlei öffentliche Infrastruktur aufweist, nur wenige Häuser, in denen einige hundert Menschen, zumeist RückkehrerInnen aus Serbien und Montenegro, leben. Während eines Besuchs von *Chachipe* (eh. *Romano Them*) in dem Viertel klagten seine Bewohner über fehlende Verdienstmöglichkeiten. Kinder beschwerten sich, dass sie beim Überqueren der Brücke über den Ibar-Fluss von Kosovoalbanern belästigt würden.<sup>39</sup> Die Forderung der Bewohner nach einer „eigenen“ Brücke, mit der sie unmittelbar in den serbischen Teil der Stadt gelangen könnten, wurde nicht realisiert. *Chachipe* stellte außerdem fest, dass viele der neuen Häuser leer stehen und dem Vandalismus anheimfallen (siehe weiter unten).

---

<sup>38</sup> [Report submitted by the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo \(UNMIK\) pursuant to article 2.2 of the agreement between UNMIK and the Council of Europe related to the Framework Convention for the Protection of National Minorities](#), 2. Juli 2005

<sup>39</sup> *Romano Them*. Fact-finding mission to Kosovo and Macedonia, Januar 2009

Im Herbst vergangenen Jahres erhielt *Chachipe* Berichte über Übergriffe im Viertel. Ein Mitarbeiter einer internationalen Organisation bestätigte informell, dass es immer wieder zu Übergriffen in dem Viertel kommen würde.

Im Gespräch mit der Delegation des niedersächsischen Innenministeriums führt der Bürgermeister die hohe Arbeitslosigkeit der Roma darauf zurück, dass die Roma nicht über die entsprechenden Qualifikationen verfügten. Allerdings gibt er keine Auskunft über die Frage, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung getroffen hat, um das angebliche Bildungsdefizit der Roma aufzuheben und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern. Auch informiert er nicht über die Zahl der Roma, die bei der Stadtverwaltung und den öffentlichen Betrieben in Mitrovica angestellt sind. Tatsächlich sieht die kosovarische Verfassung die Möglichkeit einer sogenannten positiven Diskriminierung ausdrücklich vor, um eine gleichberechtigte Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.<sup>40</sup>

In dem Bericht erfährt man weiter, dass die kosovarische Regierung die Errichtung neuer Camps in Kosovo plant. In der Tat berichteten Vertreter lokaler Nichtregierungsorganisationen in einem Gespräch mit *Chachipe*, dass das Ministerium für soziale Angelegenheiten, die Errichtung neuer Flüchtlingslager plant, um die Unterbringung der RückkehrerInnen/abgeschobener Flüchtlinge zu garantieren. Allerdings ist es völlig falsch und irreführend, das Fabrička Mahala, das ehemalige Romaviertel in Kosovska Mitrovica, als „ein solches Camp“ zu bezeichnen.<sup>41</sup> Mahala ist ein türkisches Wort, das soviel wie Viertel bedeutet. Die Ignoranz und Vorurteilsbeladenheit der DelegationsteilnehmerInnen zeigt sich auch darin, dass sie den Eindruck vermitteln, die Roma würden überzogene Forderungen stellen, wenn sie es ablehnen, in die neu errichteten Apartmenthäuser ein zu ziehen. Tatsächlich lebten die Roma bis zu ihrer Vertreibung in Häusern, in denen oft mehrere Generationen zusammenlebten. Diese Wohnform ist durchaus landestypisch und hat wenig mit der sog. Mentalität der Roma zu tun, sondern mit der Realisierung ihrer rechtmäßigen Interessen. (siehe dazu weiter unten)

In dem Gespräch mit dem Bürgermeister und dem Leiter der Abteilung für Städtebau heisst es, dass eine neue Siedlung am Ibarfluss entstehen soll. Vermutlich handelt es sich dabei lediglich um einen weiteren Ausbau des so genannten Wiederaufbauprojekts im ehemaligen Romaviertel, wo ein Teil der BewohnerInnen aus den bleiverseuchten Lagern im Norden untergebracht werden sollen.

Da dieses Projekt von der amerikanischen Entwicklungsagentur USAID finanziert wird, bezweifelt *Chachipe*, dass es „grundsätzlich“ für RückkehrerInnen aus Deutschland offen steht, es sei denn die Bundesrepublik beteiligt sich an seiner Finanzierung. Diese Vermutung wird auch durch die Aussagen der Leiters der Abteilung für Städtebau, Medhi Bela, bestätigt.

Im April 2010 berichtete der Grüne-Abgeordnete Josef Winkler im Anschluss an den Besuch einer Delegation des Bundestags im Kosovo, bei dem auch Gespräche mit dem neuen Bürgermeister von Mitrovica, Avni Kastrati, geführt wurden, dieser habe die Bundesrepublik aufgefordert, niemanden mehr nach Mitrovica abzuschieben, da die Behörden nicht in der Lage seien, Wohnraum zur Verfügung zu stellen.<sup>42</sup>

---

<sup>40</sup> “The Republic of Kosovo shall adopt adequate measures as may be necessary to promote, in all areas of economic, social, political and cultural life, full and effective equality among members of communities. Such measures shall not be considered to be an act of discrimination.“ Constitution of the Republic of Kosovo, Juni 2008, Artikel 58.3

<sup>41</sup> Bericht über die Reise einer Delegation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo vom 15. bis 18. November 2009, S. 11

<sup>42</sup> Grüne-Politiker Winkler zu Abschiebungen: "[Mehr als die Hälfte kommt zurück](#)", *taž*, 18. April 2010

In dem Gespräch mit der Delegation betont der Bürgermeister „die Bemühungen der Stadt zur Reintegration der RückkehrerInnen“. Worin diese Bemühungen bestehen, geht allerdings nicht aus dem Bericht hervor. Der Bürgermeister scheint lediglich auf die Probleme der schulischen Integration der Kinder einzugehen, die u.a. darauf zurück zu führen sind, dass die Kinder weder Serbisch, noch Albanisch sprechen.

Er erklärt außerdem, dass es an Lehrern für Romanes fehle. Tatsächlich wird an keiner albanischen Schule im Kosovo, Unterricht in Romanes angeboten, welches ein Verstoß gegen die Verfassung und das Sprachengesetz ist. Hier stellt sich die Frage, welche Maßnahmen die Kosovoregierung getroffen hat, um dem Lehrermangel zu begegnen.

Laut Bericht kritisiert der Bürgermeister die Tatsache, dass einige RückkehrerInnen Wohnraum in Mitrovica belegen, ohne ihn aber zu nutzen, so dass dieser „blockiert“ sei. Diese Kritik erscheint zwar aus seiner Sicht verständlich, ignoriert aber die Tatsache, dass diese Personen einen rechtmäßigen Anspruch auf ihr Eigentum haben, der auch dann nicht verfällt, wenn sie es vorziehen, nicht an ihren Herkunftsort zurück zu kehren.<sup>43</sup>

### *Schulungsangebot*

Aus der Darstellung des **Projekts der Diakonie Trier** geht hervor, dass kaum Roma am Aus-, bzw. Weiterbildungsangebot dieses Trägers teilnehmen. Dies wird auch in dem anschließenden Gespräch mit einem Vertreter der Flüchtlinge im Lager Osterode bestätigt, der erklärt, dass die Roma es sich schlichtweg nicht leisten könnten, an den Schulungen teilzunehmen, weil sie Geld verdienen müssen. Die Frage wäre also, weshalb dieses Angebot nicht entsprechend angepasst wird, damit auch das Angebot für Roma attraktiver wird. Wie bei allen anderen Projektbeschreibungen fehlt eine Einschätzung über den Erfolg dieses Projekts. Der Bericht enthält weder Informationen über die Zahl der Wohnungen, die für RückkehrerInnen zur Verfügung, noch über die Bedingungen, unter denen sie bezogen werden können.

### *Die Lage in den bleiverseuchten Lagern im Norden Kosovos*

Das Gespräch mit Herrn Habib Hajdini, einem der **Vertreter der Binnenvertriebenen**, die in den bleivergifteten Lagern im Norden Mitrovicas ausharren müssen, vermittelt einen Eindruck über Lebensbedingungen der Roma im Kosovo. So schildert Herr Hajdini u.a. die wirtschaftliche Notlage, in der sich die überwiegende Mehrheit der Roma befindet, und das Ausbleiben öffentlicher Unterstützung.

Er beschreibt auch die gesundheitlichen Auswirkungen der Bleivergiftung in den Lagern, sowie die Probleme bei der Rückkehr, bzw. Übersiedlung der LagerbewohnerInnen ins ehemalige Romaviertel am Ibar.

Aus der Beschreibung geht allerdings hervor, dass die Delegation nur unzureichend über beide Probleme informiert ist. So fehlt jegliche Information darüber, dass die Binnenvertriebenen bereits seit zehn Jahren in diesen Lagern leben, obwohl die Bleibelastung von Anfang an bekannt war. Seit 2000 lässt die Weltgesundheitsorganisation, WHO, regelmäßige Tests durchführen, die

---

<sup>43</sup> Dieser Rechtsanspruch gründet sich auf den sogenannten *Pinheiro Prinzipien* über die Wohn- und Eigentumsrechte der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, in denen es heisst: „2.2 States shall demonstrably prioritize the right to restitution as the preferred remedy for displacement and as a key element of restorative justice. *The right to restitution exists as a distinct right, and is prejudiced neither by the actual return nor non-return of refugees and displaced persons entitled to housing, land and property restitution.*“ (eigene Hervorhebung) [United Nations Principles on Housing and Property Restitutions for Displaced Persons](#), 2006

eine extrem hohe Bleibelastung insbesondere bei Kindern zum Vorschein brachten. Dennoch gelang es bis heute nicht, eine dauerhafte Lösung für die Flüchtlinge zu finden.

Im Bericht heisst es, die Roma hätten eine Umsiedlung in andere Camps abgelehnt. Diese Behauptung ist falsch. Bisher wurden die Roma lediglich von einem Übergangslager ins andere verlegt. Als einziger Ausweg wurde ihnen eine „Rückkehr“ ins ehemalige Romaviertel angeboten, obwohl viele LagerbewohnerInnen nicht aus diesem Viertel stammen, und ihnen die Bedingungen nicht annehmbar erscheinen.



Rückkehrprojekt im ehemaligen Romaviertel, Januar 2009

Auch die Darstellung der Eigentumsverhältnisse ist verkürzt. Tatsächlich ist einer der Gründe für den Konflikt um die „Rückkehr“ ins Mahala, dass die albanischen Behörden sich weigern, die Eigentumsansprüche der Roma anzuerkennen. Faktisch handelt es sich bei dem sogenannten Wiederaufbauprozess um einen großangelegten Enteignungsprozess.

Dazu schreiben Stephan Müller und Željko Jovanović:

„The famous project supported by the European Commission and individual EU Member States for returning Roma to Roma Mahalla, the largest Roma neighbourhood in Mitrovica, does not envisage the “regularisation” of any parts of the settlement at all.

(...)

With regard to returnees to Roma Mahalla, the authorities strictly apply the rule that returnees must obtain documentation from the cadastral records proving their ownership; even though it has been a common practice in Kosovo to accept other confirmation of property rights such as witnesses’ statements, electricity bills, etc. Moreover, the authorities disregard the stipulation of the amended Law on Spatial Planning that “informal settlements shall be included (in Municipal Plans) and treated, with the aim of their regularization.”<sup>44</sup>

Die Autoren stellen auch fest, dass die Handhabe der kosovarischen Behörden die Rückkehr der Flüchtlinge und ihre Wiedereingliederung in die kosovarische Gesellschaft wesentlich behindert.

Ähnlich vernichtend fällt auch der Kommentar des *International Centre for Transitional Justice* aus:

---

<sup>44</sup> Siehe dazu: [Pathways to Progress? The European Union and Roma Inclusion in the Western Balkans](#), Budapest, März 2010, S. 75-6

„The Roma Mahala saga returns project highlights a number of the difficulties RAE [Roma, Ashkali and Kosovo Egyptian] community members faced in securing their property rights, most notably in terms of discrimination, lack of representation, and *illegal expropriation* based on a lack of documents.“<sup>45</sup> (eigene Hervorhebung)



Flüchtlingslager Osterode, Januar 2009

In dem Bericht wird anschließend geschildert, dass nicht nur das Übergangslager, sondern auch die unmittelbare Umgebung des Lagers von den Ablagerungen der Minen betroffen sind. Dies ist sicher richtig. Allerdings hätte man darauf hinweisen können, dass die Roma aufgrund ihrer prekären Lebensverhältnisse weitaus anfälliger für die Belastung sind.

Im Bericht wird suggeriert, dass die Roma in zweistöckigen Mehrfamilienhäusern und in Wohncontainern untergebracht seien. Nicht berichtet wird dass es sich bei dem Osterode Camp um ein ehemaliges Militärlager handelt, das 2006 als Übergangslager für eine Dauer von sechs Monaten eingerichtet wurde.

Ein Teil der BewohnerInnen lebt in selbstgebaute Hütten. Im Lager gibt es gemeinsame Sanitäreinrichtungen. Aus diesem Grund überrascht die Feststellung, dass der bautechnische Zustand der Gebäude ausreichend ist, zumal die Delegation den mangelhaften Unterhalt und die teilweise Zerstörung von Gemeinschaftseinrichtungen hervorhebt.

Die hygienischen Verhältnisse sind auch nach „südosteuropäischen Maßstäben“ unzureichend. Ebenfalls ist es unüblich, eine so große Zahl von Menschen über Jahre auf einem so engen Raum zusammen zu legen.

Das „ungelöste Müllproblem“ hat keineswegs etwas mit den vermeintlichen Lebensgewohnheiten der Roma zu tun, wie im Bericht suggeriert wird (siehe dazu auch folgende Seite, wo es heisst, dass der Gesamteindruck der Siedlung durch den „Umgang der Bewohner mit dem anfallenden Müll beeinträchtigt [wird].“), sondern damit, dass die kommunalen Dienste den Abfall in von Roma bewohnten Gebieten nicht regelmäßig entsorgen. Dieses Problem wird dadurch verschärft, dass ein Teil der Roma Altmetall sammelt, um zu überleben.

Die Delegation hebt die „scheinbare Vernachlässigung der Kinder“ hervor, ohne sich offensichtlich Gedanken darüber zu machen, wie eine „normale“ Kindererziehung unter solchen

---

<sup>45</sup> Edward Tavil: [Property Rights in Kosovo: A Haunting Legacy of a Society in Transition](#), International Center for Transitional Justice, 2009, S. 21

Verhältnissen gewährleistet werden kann. Überraschenderweise geht der Bericht nicht auf die offensichtlichen Auswirkungen der Bleivergiftung bei den Kindern (z.B. hoher Kariesbefall, außergewöhnliche Blässe) ein.



Sammeln von Altmetall als Existenzgrundlage, Pristina, Januar 2009

Wie bereits zu Anfang geschildert, hat sich die Delegation offensichtlich nicht darum bemüht, die aus Deutschland abgeschobenen Roma auffindig zu machen, die nachweislich in diesem Lager leben.

#### *Die Situation in dem ehemaligen Romaviertel am Ibar*

Auf die Verhältnisse im ehemaligen Romaviertel in Kosovoska Mitrovica wurde bereits weiter oben eingegangen. Die Darstellung, wonach „[a]lle Gebäude in einem sehr guten Zustand [sind]. Die Mehrfamilienhäuser waren alle fertig gestellt und bewohnt“, kann *Chachipe* nicht bestätigen. Bei einem Besuch im Viertel, im Januar vergangenen Jahres, fiel außerdem auf, dass viele Einfamilienhäuser leer standen und deutliche Spuren der Verwüstung (eingeschlagene Fenster, UÇK-Graffitis) aufwiesen.



Häuser im ehemaligen Romaviertel, Januar 2009



Das gesamte Gelände erweckte auch insgesamt einen trostlosen Eindruck. Straßen sind nicht asphaltiert. Überall lagen Bauschutt und Müll, der offensichtlich auch hier nicht entsorgt wird. Mit Ausnahme einer Polizeistation und der Ambulanz gibt es keinerlei öffentliche Infrastruktur oder Gewerbe. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass das ehemalige Romaviertel vor seiner Zerstörung eine eigene Infrastruktur hatte, die kommunale Einrichtungen und Gewerbebetriebe und Kultureinrichtungen umfasste.

#### *Die Situation in den Gemeinden am Beispiel Fushe Kosove/Kosovo Polje*

Im Gespräch mit dem Minderheitenbeauftragten der Gemeinde Fushe Kosove/Kosovo Polje für Roma, Ashkali und Kosovoägypter, Herrn Qerimi, wird hervorgehoben, dass die Gemeinde neben ihm, weitere zwei Ashkali beschäftigt. Außerdem würden 30 sog. RAE, ein von der internationalen Gemeinschaft eingeführtes Kürzel, das die Volksgruppen der Roma, Ashkali und Kosovoägypter bezeichnet, beim „örtlichen Reinigungsdienst“ arbeiten.

Offiziellen Angaben zufolge<sup>46</sup> leben in Kosovo Polje/Fushe Kosove 3800 Ashkali, 600 Roma und 200 Kosovoägypter. Daraus ergibt sich, dass weniger als 0,5 Prozent von ihnen bei kommunalen Betrieben und in der Verwaltung beschäftigt sind, was dem landesüblichen Durchschnitt entspricht. Auch die Überrepräsentierung der Roma, Ashkali und Kosovoägypter bei der öffentlichen Abfallentsorgung ist landestypisch.

Vielleicht wäre an diesem Punkt eine kleine Vorstellung der Gemeinde angebracht. Im Municipal Profile der OSZE von September 2009 heisst es:

„According to local authorities, the estimated total population is 50,000. The majority are Kosovo Albanians (85%). A substantial number of non-Albanian community members approximately includes Kosovo Ashkali (3,800), Serbs (2,800), Roma (600), Egyptians (200), Bosniaks (40) and Gorani (30). Prior to the 1999 conflict, Kosovo Serbs constituted 25 percent of the population. However, their number is now estimated at 8 percent.

According to the UNHCR, since 2000, 888 Kosovo Ashkali and Egyptian, 382 Kosovo Serb and 182 Kosovo Roma displaced persons returned to the municipality. The March 2004 riots not only stopped the process of returns but also forced a number of remaining Kosovo Serbs to leave their homes.“<sup>47</sup>

Der Bericht hebt außerdem hervor, dass außer der Demokratischen Partei der Ashkali (PDAK), keine Minderheitenpartei im Stadtparlament vertreten ist.

Neben dem Problem der hohen Arbeitslosigkeit beschreibt Herr Qerimi die Probleme bei der Sozialversorgung. Er hebt u.a. hervor, dass Sozialhilfe nur solange gezahlt wird, wie ein Kind unter fünf Jahren im Haushalt lebt, was die Familien zum Kinderkriegen antreibt. Außerdem weist er auf das Problem der mangelnden Rechtssicherheit beim Erwerb von Wohneigentum hin.<sup>48</sup>

Schließlich bittet er die Delegation, nach Deutschland reisen zu dürfen, „um der deutschen Regierung die Situation der RAE-Minderheiten im Kosovo zu schildern und darzustellen, dass eine Rückkehr in der gegenwärtigen Situation nicht möglich ist.“<sup>49</sup>

---

<sup>46</sup> siehe OSCE: Municipal Profile, September 2009

<sup>47</sup> ibid.

<sup>48</sup> Bericht über die Reise einer Delegation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo vom 15. bis 18. November 2009, S. 17

<sup>49</sup> ibid.

Anschließend fährt die Delegation mit dem Auto durch ein Viertel, das von Roma, Ashkali und Kosovoägyptern bewohnt wird. Auch hier gibt sich die Delegation mit einem oberflächlichen Eindruck des Viertels zufrieden und versucht nicht, mit seinen BewohnerInnen zu sprechen.

#### *Sicherheit im öffentlichen Raum am Beispiel Pristina*

In der abschließenden Zusammenfassung vermittelt der Bericht zunächst einen oberflächlichen Eindruck von der Situation in Pristina. Diese Darstellung ist vollkommen irrelevant, da eine Rückkehr nach Pristina für Roma, Ashkali und Kosovoägypfer allein aufgrund der Tatsache, dass das ehemalige Romaviertel in Pristina nicht wieder aufgebaut wurde, unmöglich ist. Die Roma leben heute nahezu ausschließlich in der serbischen Enklave Gracanica, die nur wenige Kilometer von Pristina entfernt ist. Die OSZE stellt in ihrem [Municipal Profile](#) von September 2009 fest, dass der Zugang zur sekundären Gesundheitsversorgung für Roma und Serben schwierig ist, und dass diese auf das Krankenhaus im Norden Mitrovicas ausweichen.

Der Bericht stellt fest: „Nur selten sind noch Ruinen oder Reste von Zerstörungen in der Folge der kriegesischen Auseinandersetzung aus der Zeit vor 1999 zu erkennen.“<sup>50</sup> (eigene Hervorhebung)



Zerstörte serbische Wohnhäuser bei Vucitrn, Januar 2009

Allerdings hätte die Delegation die im März 2004 im Rahmen von landesweiten Pogromen zerstörten und bis heute nicht wiederaufgebauten serbischen Häuser in Vucitrn auf ihrer Fahrt von Pristina nach Kosovska Mitrovica bemerken müssen.

---

<sup>50</sup> Bericht über die Reise einer Delegation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo vom 15. bis 18. November 2009, S. 18

Die Darstellung schließt mit der Feststellung, dass sich „[d]ie Sicherheitslage in allen besuchten Orten einschließlich Mitrovica als völlig unproblematisch dar[stellte]. Bewohner und Besucher können sich frei bewegen, ohne dass ein (subjektives) Gefühl der Spannung oder gar Bedrohung entsteht<sup>51</sup>

Diese Einschätzung ist überraschender, da die Delegation wohl kaum in der Lage ist für andere, und insbesondere für die in der Regel durch ihre dunklere Hautfarbe auffallenden Roma und Ashkali zu sprechen. Außerdem hielt sich die Delegation offensichtlich kaum im öffentlichen Raum auf, sondern bereiste Kosovo ausschließlich mit dem Auto (siehe dazu den Bericht über den Besuch im Romaviertel in Fushe Kosovo/Kosovo Polje).

In den vergangenen Monaten kam es in der Region Mitrovica immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Kosovoserben und Albanern, die auch in den gängigen Berichten verzeichnet sind.<sup>52</sup> Während des Verfassens dieses Berichts wurden in der Ortschaft Žač bei Istok serbische RückkehrerInnen von Kosovoalbanern mit Steinen beworfen, bis sie schließlich nach Serbien zurückkehrten.<sup>53</sup> *Chachipe* sammelte Informationen über Angriffe auf Roma und Ashkali in Gnjilane, Urosevac und Kosovska Mitrovica,<sup>54</sup> die allesamt von Vertretern internationaler Organisationen bestätigt wurden.

Der Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen an den Sicherheitsrat in regelmäßigen Abständen darauf hin, dass die Angehörigen von Minderheiten sich nach wie vor unsicher fühlen. Ein weiteres Indiz für die empfundene Unsicherheit ist die Tatsache, dass der „[humanitäre Bustransport](#)“, der die serbischen Siedlungsgebiete miteinander verbindet, bis heute beibehalten wird.

Schließlich erfuhr *Chachipe* im Januar 2009 über die versuchte Entführung einer Mitarbeiterin einer internationalen Organisation im Zentrum Pristinas. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Kosovo gilt als eines der Herkunfts- und Transitländer im internationalen Menschenhandel, und dass Romafrauen und -mädchen aufgrund ihrer Armutssituation, besonders gefährdet sind, Opfer von Menschenhändlern zu werden.<sup>55</sup>

---

<sup>51</sup> *ibid.*

<sup>52</sup> Siehe dazu: Report of the Secretary-General on the United Nations: Interim Administration Mission in Kosovo, 6. April 2010

<sup>53</sup> [Kosovo: Violence forces returnees to flee](#), B 92, 22. April 2010

<sup>54</sup> Siehe Dazu: [Whose responsibility? Reporting on ethnically motivated crime against Roma in Kosovo. A case study](#), August 2009

<sup>55</sup> siehe dazu: United States Department of States: [Trafficking in Persons Report 2009](#)

## *Abschließende Wertung*

In der eigentlichen Zusammenfassung heisst es, „dass eine Rückkehr der noch in Deutschland lebenden ausreisepflichtigen Personen aus der Republik Kosovo – unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit – möglich ist.“

Allerdings lässt sich diese Schlussfolgerung nicht aus dem Bericht ableiten. Obwohl die Delegation nahezu ausschließlich mit offiziellen Stellen sprach und sich nicht die Mühe machte, RückkehrerInnen aufzusuchen, um sich vor Ort einen Eindruck über ihre Lebensbedingungen zu machen, ergibt sich aus den Gesprächen mit den offiziellen Vertretern doch, dass die Bedingungen für eine nachhaltige Rückkehr der Flüchtlinge, insbesondere der Roma, nach wie vor nicht gegeben sind.

So wies der deutsche Botschafter in Kosovo auf die Schwächen des kosovarischen Justizsystems und die fehlende Rechtssicherheit hin, die sich gerade für die Angehörigen ethnischer Minderheit negativ auswirkt.

Der Vertreter des UN-Flüchtlingswerks kritisierte das Rückkehrabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kosovo, indem er hervorhob, dass die kosovarische Regierung zwar Verpflichtungen eingehe, aber deren Umsetzung nicht gewährleiste. Dieser Eindruck wird zum Beispiel durch die Aussagen des Leiter der Abteilung für Grenzangelegenheiten, Asyl und Migration im kosovarischen Innenministerium, Bali Muharremaj, bestätigt, der gegenüber der „Hilfpolsteiner Zeitung“ erklärte, dass „der Wunsch das eine [sei], unsere Möglichkeiten aber was anderes.“<sup>56</sup>

Gespräche mit den Verantwortlichen des Sozialministeriums, das für die Wiedereingliederung der Flüchtlinge verantwortlich zeichnet, wurden offenbar nicht geführt. Im Januar 2010 erklärte der zuständige Minister, Nenad Rasić, in einem Interview mit *ML Mona Lisa*, dass Kosovo nicht in der Lage sei, die RückkehrerInnen angemessen zu unterstützen, und dass die Abschiebungen zu einer Zuspitzung der sozialen Probleme in Kosovo beitragen würden.<sup>57</sup>

In den Gesprächen wurden insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit der Roma und die Probleme bei der Beschaffung oder Wiederbeschaffung von Wohnraum hervorgehoben. So wird aus dem Gespräch mit dem Bürgermeister Mitrovicas und dem Verantwortlichen für Stadtentwicklung klar, dass die kosovarischen Institutionen nicht bereit sind, Wohnraum für die RückkehrerInnen zur Verfügung zu stellen, es sei denn, dieses Vorhaben wird von ausländischen Gebern finanziert.

Die Vertreter der Minderheitenangehörigen haben der Delegation eine deutliche Botschaft mit auf den Weg gegeben, dass eine Rückkehr der Roma, Ashkali und KosovoägypterInnen zum jetzigen Zeitpunkt und unter den derzeitigen Umständen unmöglich sei. Sie verwiesen unter anderem auf die hohe Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Notlage der Angehörigen dieser drei Minderheiten sowie auf den Mangel an adäquatem Wohnraums und die Perspektivlosigkeit, die sich daraus ergibt.

Die Sicherheitslage wird im Bericht nur oberflächlich beleuchtet. Eine gewisse Voreingenommenheit der DelegationsteilnehmerInnen ist offensichtlich. Auf die fehlende Rechtssicherheit für Angehörige von Minderheiten wird nicht eingegangen, die sich unter anderem daraus erschließt, dass Minderheitenangehörige kaum Zugang zu Polizei und Justiz haben.

---

<sup>56</sup> AWO berät HeimatRückkehrerInnen im Kosovo. Oft eine Rückkehr in die blanke Not, *Hilfpolsteiner Zeitung*, 7. November 2009

<sup>57</sup> [„Die Situation wird sich verschärfen.“](#), Interview mit Minister Nenad Rasić, *ML Mona Lisa*, 17. Januar 2010

Bei der Wiedereingliederung der Flüchtlinge scheint die Delegation vor allem auf die Angebote privater Träger zu setzen, deren Tragweite allerdings begrenzt ist, und die für abgeschobene Flüchtlinge oftmals gar nicht zugänglich sind.

Wesentliche Fragen wie die der Einschulung der Kinder oder der Zugang zum Gesundheitssystem sowie die Gewährleistung medizinischer Versorgung werden in dem Bericht gar nicht behandelt.

Der Bericht erwähnt zwar, dass die RückkehrerInnen sich nur an ihrem ehemaligen Wohnort registrieren können und nur dort ihre Ansprüche geltend machen können, welches im Übrigen nicht nur den Anspruch auf Sozialleistungen, sondern auch die Einschulung der Kinder betrifft<sup>58</sup>, sieht aber hierin offensichtlich kein Abschiebehindernis für diejenigen, deren Häuser zerstört sind oder die aus anderen Gründen nicht an ihren Herkunftsort zurückkehren können.

Mit dem Verweis auf das zwischen Kosovo und der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossene Rückübernahmeabkommen, das zum Zeitpunkt des Besuchs der Delegation noch gar nicht offiziell in Kraft war, aber bereits angewendet wurde, versucht die Delegation den Eindruck zu erwecken, die Abschiebung von Roma, Ashkali und Kosovoägyp tern ins Kosovo sei rechtmäßig. Dabei ignoriert sie die Tatsache, dass Deutschland als Unterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und ihres Zusatzprotokolls von 1967 eine objektive Verpflichtung hat, Flüchtlingen einen wirksamen Schutz vor ihrer Verfolgung zu gewährleisten und sicher zu stellen, dass sie nicht in ein Land abgeschoben werden, in dem sie eine begründete Angst vor Verfolgung haben. Diese Verpflichtung ergibt sich auch aus Deutschlands Mitgliedschaft in internationalen Organisation wie dem Europarat und den Vereinten Nationen und als Mitglied der EU.

Das UN-Flüchtlingswerk stellte in seiner Stellungnahme zur Feststellung der Schutzbedürftigkeit von Personen aus dem Kosovo fest, dass Roma im Kosovo weiterhin einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Diskriminierung ausgesetzt sind und einem Verfolgungsrisiko unterliegen.<sup>59</sup> In einer Fußnote hält der UNHCR außerdem fest, dass „Verfolgung .. nicht auf Handlungen beschränkt [ist], die körperliche Schäden verursachen.“ Mit Verweis auf das [Handbuch über Verfahren und Kriterien zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft gemäß dem Abkommen von 1951 und dem Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge](#) erklärt das UN-Flüchtlingswerk weiter, dass „Diskriminierungsmaßnahmen, die für sich genommen noch nicht allzu schwer wiegen, ... kumulativ eine Verfolgung darstellen [können], insbesondere wenn das Leben gefährdet ist. Dies kann bei Einschränkungen der Menschenrechte der Fall sein, insbesondere wenn dies für die betroffene Person wesentliche Nachteile zur Folge hat, z. B. ernstliche Einschränkungen des Rechts, den Lebensunterhalt zu verdienen, oder des Zugangs zu den verfügbaren Bildungseinrichtungen und Gerichten.“<sup>60</sup> Schließlich stellt das UN-Flüchtlingswerk fest, dass Ashkali und Ägypter aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbilds mit Kosovo-Roma verwechselt werden können und somit ebenfalls Risiken unterliegen.<sup>61</sup>

Mit dem Hinweis auf die mit den kosovarischen Behörden vereinbarte „behutsame und schonende Rückführung“ soll offenbar der Eindruck erweckt werden, die Abschiebung einer begrenzten Zahl von Flüchtlingen sei vertretbar. Zur Begründung heisst es, damit werde sichergestellt, „dass die kosovarischen Behörden mit der Bereitstellung von Wohnraum, der

---

<sup>58</sup> Grüne-Politiker Winkler zu Abschiebungen: ["Mehr als die Hälfte kommt zurück"](#), taz, 18. April 2010

<sup>59</sup> UNHCR: UNHCR [Richtlinien zur Feststellung des Schutzbedarfs von Personen aus dem Kosovo](#), 9. November 2009, S. 16

<sup>60</sup> ibid, Fn 89

<sup>61</sup> ibid., S. 17

Versorgung und der Reintegration der RückkehrerInnen nicht überfordert werden.“ Tatsächlich sind die kosovarischen Behörden nicht in der Lage, den RückkehrerInnen eine wirksame Unterstützung bei ihrer Wiedereingliederung im Kosovo zu gewährleisten.

Im September vergangenen Jahres erklärte ein führender Beamter des kosovarischen Sozialministeriums, Muharrem Ahmeti, anlässlich der Abschiebung mehrerer Dutzend Flüchtlinge aus Deutschland, dass die kosovarischen Behörden allenfalls für die ersten Tage eine Übergangslösung anbieten könnten. „Während sieben Tagen werden [die RückkehrerInnen] in Hotels oder bei Verwandten untergebracht; danach müssen sie selbst eine Lösung finden.“<sup>62</sup> Auch der Vertreter des UN-Flüchtlingswerk wies die Delegation des niedersächsischen Innenministeriums auf diesen Punkt hin.<sup>63</sup>

Im April warnte der UN-Generalsekretär, dass sich weitere Abschiebungen negativ auf die Fähigkeiten der kosovarischen Behörden auswirken könnten, eine nachhaltige Rückkehr der Flüchtlinge zu unterstützen, und bestehende Spannungen verschärfen.

Die Delegation unterschlägt die Tatsache, dass die kosovarische Regierung keine andere Wahl hatte, als das Rückübernahmeabkommen mit Kosovo zu unterstützen. Wie der kosovarische Sozialminister Nenad Rasić in dem bereits zitierten Interview mit *ML Mona Lisa* ausführte, war die Wiederaufnahme geduldeter Flüchtlinge aus Deutschland „eine der Voraussetzungen, um überhaupt über die verschiedenen Aspekte der Zusammenarbeit im Hinblick auf eine weitere Zukunft für den Kosovo zu reden.“<sup>64</sup> Dabei geht es der kosovarischen Regierung an erster Stelle um eine Unterstützung Deutschlands bei ihren Bemühungen, dass Kosovo als unabhängiger Staat, international anerkannt wird. Außerdem ist die Unterzeichnung der Rückübernahmeabkommen eine Vorbedingungen für Gespräche über eine Lockerung der Visabestimmungen mit der EU.<sup>65</sup>

Folglich blieb Kosovo keine andere Wahl, als der Rückübernahme der Flüchtlinge zuzustimmen, wie der Kommissar für Menschenrechte des Europarats anlässlich der Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens mit Deutschland erklärte.<sup>66</sup> Zur gleichen Schlussfolgerung kam auch die deutsche Europaabgeordnete und die Mitglied des Vorstands der deutschen UNICEF-Sektion, Barbara Lochbihler, anlässlich einer Reise ins Kosovo im Februar 2010. Sie schreibt:

“Meine Gesprächspartner haben mir sehr deutlich signalisiert, dass die kosovarische Regierung dieses Abkommen ohne expliziten Druck unterzeichnet hat. Betrachtet man dies aber zusammen mit den Verhandlungen des Kosovo über die Visa-Erleichterungen für die Einreise in die EU sowie die Unterstützung, die man sich diesbezüglich von der deutschen Regierung erhofft, wird schnell klar, dass kein zusätzlicher Druck aufgebaut werden musste.“<sup>67</sup>

---

<sup>62</sup> Riatdhesohen dhjetera kosovare, *Lajme*, 29. September 2009

<sup>63</sup> Bericht über die Reise einer Delegation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo vom 15. bis 18. November 2009, S. 6

<sup>64</sup> [“Die Situation wird sich verschärfen.”](#), Interview mit Minister Nenad Rasić, *ML Mona Lisa*, 17. Januar 2010

<sup>65</sup> Siehe dazu: [Rexhepi: Marrëveshja gjermano-kosovare e riatdhesimit është sfidë për Kosovën](#), *Deutsche Welle*, 15. April 2010

<sup>66</sup> Council of Europe calls deporting refugees back to Kosovo irresponsible, *Deutsche Welle*, 15. April 2010

<sup>67</sup> Barbara Lochbihler: Besuchsreise in das Kosovo vom 11. – 14. Februar 2010

## *Fazit*

Der Bericht vermittelt einen sehr partiellen, oberflächlichen Eindruck über die Lage in Kosovo und geht nur sehr begrenzt auf die Probleme der RückkehrerInnen ein. Die Lage der Roma wird nur am Rande beleuchtet, und dies obwohl ein Großteil der von den Abschiebungen betroffenen Personen Angehörige dieser Minderheit sind.

Gespräche wurden im Wesentlichen mit offiziellen Vertretern oder den Trägern von deutschen Hilfsprojekten geführt. Eine Bestandsaufnahme der Lebensbedingungen der RückkehrerInnen und aus Deutschland abgeschobener Personen findet nicht statt.

Wesentliche Bereiche wie die schulische Wiedereingliederung und Förderung von Rückkehrerkindern oder auch die medizinische Versorgung der RückkehrerInnen werden in dem Bericht nicht angesprochen.

Die Behandlung der Arbeitsmarktlage sowie der Frage des Zugangs zum Sozialsystem fehlt.

Bei der abschließenden Bewertung unterschlägt die Delegation sämtliche Aspekte, die gegen eine Rückkehr der Flüchtlinge bzw. Abschiebungen sprechen, und beschränkt sich lediglich darauf, die Position der Bundesregierung wieder zu geben, wonach eine schrittweise „Rückführung“ der Flüchtlinge vertretbar sei, so wie sie mit den kosovarischen Behörden abgesprochen wurde.

Die Delegation ignoriert die Berichte internationaler Organisationen, wie des UN-Flüchtlingswerks und des Kommissars für Menschenrechte des Europarats, wonach Roma in ganz Kosovo diskriminiert werden und damit rechnen müssen, Opfer von Gewalt zu werden.<sup>68</sup>

Sie berücksichtigt Hinweise nicht, wonach die kosovarischen Behörden mit der Wiedereingliederung der RückkehrerInnen grenzenlos überfordert sind und abgeschobene Flüchtlinge das Kosovo in der Regel bereits wenige Tage nach ihrer Ankunft wieder verlassen.

Somit entsteht der Eindruck, dass das Ergebnis dieser Reise bereits vor ihrem Antritt feststand, und diese lediglich zum Ziel hatte, der Abschiebung von Flüchtlingen eine Scheinlegitimation zu geben, indem suggeriert wird, die VertreterInnen des Ministeriums hätten sich unmittelbar vor Ort und aus erster Hand informiert.

Im Dezember vergangenen Jahres schrieb der Kommissar für Menschenrechte des Europarats, Thomas Hammerberg, an die deutsche Bundeskanzlerin, es sei nicht der rechte Zeitpunkt, Flüchtlinge, insbesondere Roma, nach Kosovo zurückzuschicken. Er erklärte, dass die „Rückkehr“ der Flüchtling kein rein technisch administrativer Akt sei, sondern bedeute, die RückkehrerInnen und ihre Familien in Sicherheit und Würde wieder aufzunehmen und dauerhaft wieder einzugliedern<sup>69</sup>, ein Hinweis, dem sich auch die Delegation des niedersächsischen Innenministeriums stellen sollte.

---

<sup>68</sup> Hier reflektiert sich eine Position, wie sie auch in den Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen zum Ausdruck kommt, bei der missliebige Berichte internationaler Organisationen durch eigene „Erkenntnisse“ ersetzt werden (siehe bspw. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Josef Philip Winkler, et al. Vom 11. Februar 2010, Drucksache 17/505)

<sup>69</sup> [Letter from the Council of Europe Commissioner for Human Rights: Letter to Mrs. Angela MERKEL, Chancellor of the Federal Republic of Germany, concerning forced returns to Kosovo](#) (25. November 2009),